

Politik ohne Kirche — Kirche ohne Politik?

Die nachfolgende Glosse über die Auseinandersetzungen um die Befreiungstheologie bleibt aus redaktionellen Gründen etwas hinter den Ereignissen zurück. Das vatikanische Dokument zur Befreiungstheologie ist inzwischen (3. 9. 1984) erschienen und die Begegnung zwischen Leonardo Boff und der Glaubenskongregation hat stattgefunden (7. 9. 1984). Nach den ersten Pressemitteilungen (Kathpress vom 10. 9. 1984, S. 4) verlief das Gespräch für beide Partner zufriedenstellend. (Redaktion)

Kann sich die Kirche von Politik freihalten? Kann Kirche — die Gemeinschaft derer, die „zum Herrn gehören“ — von einer bloßen Idee der Menschlichkeit im Sinne von Ebenbildlichkeit Gottes ohne Blicknahme auf die konkrete Geschichte leben? Eine erste, grundlegende Antwort gibt das Evangelium: die Zusage Gottes an den Menschen verliert sich scheinbar im Nichts des Todes, in der Überwucherung von Wahrheit durch die Banalität von Alltäglichkeiten. Gleichzeitig bietet das Evangelium eine Perspektive der Hoffnung, die nicht bloß im Übersteigen der Wirklichkeit ihr Auslangen findet — in Überhöhung des Daseins als Vertröstung —, sondern die hier und jetzt greifbar werden soll: „Gewaltige stürzt er vom Throne.“ Die gegenwärtigen Diskussionen um die lateinamerikanische „Theologie der Befreiung“, um die auch von Priestern unterstützten Befreiungsbewegungen in verschiedenen Ländern der Dritten Welt, um Priester in politischen Ämtern, um nationalkirchliche Bestrebungen, um Priestervereinigungen mit politischen Zielsetzungen sowie um das Friedensengagement der Kirchen in Ost und West beleuchteten Kirche von einer Seite, die im Lauf der Geschichte immer zu sehen, noch nie aber so offenbar war wie heute. Kirche ist nicht nur mystischer Leib Christi, sondern auch fleischgewordene Antwort Gottes auf die Not von Mensch und Welt. In einer Zeit, da die Beziehungen zwischen den Großmächten eingefroren sind, der Kalte Krieg, Vorurteile und Propaganda fröhliche Urständ feiern, der Schrecken des Atomkrieges als „Witz zum Aufwärmen“ gebraucht wird, ist eine Kraft notwendig, die Menschlichkeit mobilisiert: Verantwortung, Gerechtigkeit, Solidarität. Wer, wenn nicht die Kirchen, soll diese Werte in Erinnerung rufen? Wer, wenn nicht die Kirchen, kann den logisch-kalten Berechnungen des zig-fachen Atomtodes die Wärme des Lebens entgegenstellen? Wer, wenn nicht die Kirchen, muß im kaltschnäuzig politischen Hick-Hack Liebe als naive, aber einzig mögliche Alternative aufzeigen? Kann das alles abstrakt geschehen? Durch bloßes Predigen und Reden? Welche Regeln oder Grenzen kann und soll man aufstellen oder ziehen für das öffentliche Handeln von Kirche? Kann ein vatikanisches Dokument, wie es beispielsweise der brasilianische Kardinal Angelo Rossi — derzeit Präfekt der Güterverwaltung des Heiligen Stuhls — in bezug auf die „Theologie der Befreiung“ angekündigt hat, konkretes kirchliches Leben lenken und steuern? Weht nicht der Geist, wo er will? Auch in den Vertretern der Befreiungstheologie?

In den Dokumenten von Medellin und Puebla hat sich die katholische Kirche zum Einsatz für die Armen verpflichtet, ja sich selbst als „Kirche der Armen“ definiert. Man kann die Sorgen der deutschen Missionszentrale des Franziskanerordens und des österreichischen Franziskanerprovinzials, P. Ulrich Zankanella, verstehen, wenn ein Ordenskollege — in diesem Fall der „Befreiungstheologe“ Leonardo Boff — zur Verantwortung vor die Glaubenskongregation zitiert wird. Die deutschen Franziskaner sehen in diesem

Schritt sogar eine Bedrohung des Einsatzes der Kirche Lateinamerikas für die Interessen der Armen. Boffs Schriften, erklärte der österreichische Franziskanerprovinzial, haben den Klerus Brasiliens „näher an das breite Kirchenvolk herangebracht“. Die deutschen Franziskaner ergänzen: Ziel der Theologie der Befreiung, wie Boff sie vertrete, sei es, den Unterdrückten das Heil Christi schon in dieser Welt spürbar zu machen. Es gehe dabei letztlich um die Frage, ob die Interessen der herrschenden Oberschicht in vielen Entwicklungsländern gegenüber den Lebensrechten der Armen auch weiterhin die Oberhand behielten. Sitzt im Falle Boffs die europäische Kirche mit ihrer eigenen Terminologie über die lateinamerikanische Kirche zu Gericht, die gerade dabei ist, ihre Sprache, ihre Ausdrucksformen, ihr Leben zu finden? Kann man die Auseinandersetzung um die „Theologie der Befreiung“ nicht doch als Ideologiedebatte und damit als einen politischen Kampf interpretieren, hinter dem Machtinteressen stehen? Geht es in dieser Diskussion noch um die Frohe Botschaft?

„Im Namen Jesu Christi, des Sendboten der Liebe Gottes, den Menschen Hoffnung machen!“ Mit diesen Wort hat der verstorbene, in Wien wirkende Kerygmatiker Prof. Bruno Dreher einmal die Aufgabe des Priesters umschrieben. Daß dieser Satz nicht als Phrase verstanden werden kann und darf, verlangen die Nöte der Zeit. Daß der Satz politische Dimensionen annehmen kann, versteht sich von selbst. Daß diese Aussage in unterschiedlichen soziologischen Gegebenheiten zu je anderen Schlußfolgerungen führen wird, ist ebenso klar. Der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, hat Ende März dieses Jahres, nach einem Erfahrungsaustausch mit lateinamerikanischen Bischöfen in Bogota, davon gesprochen, daß es unnötig sei, bei allen Fragen jedesmal die „oberste Instanz“ zu bemühen; er hat sich aber für eine Überprüfung und Beobachtung der verschiedenen Strömungen in der Befreiungstheologie ausgesprochen, weil es neben vollkommen legitimen und notwendigen Richtungen auch tadelnswerte und schließlich unannehbare gebe. Verteidigt hat die Theologie der Befreiung — zwei Wochen vor seinem Tod — der am 30. März in Innsbruck verstorbene Theologe Karl Rahner. In einem Brief an den Erzbischof von Lima, Kardinal Juan Lanzaduri Ricketts, nahm Rahner entschieden gegen eine mögliche Verurteilung der Befreiungstheologie des peruanischen Theologen Prof. Gustavo Gutierrez Stellung. Rahner betonte in dem Schreiben, daß man „im Kontext der lateinamerikanischen Kirche“ in der Theologie „die Stimme der Armen hören muß“ und daß eine Theologie, die im Dienste der konkreten Evangelisierung stehen und in der konkreten Lebenssituation des Adressaten wirksam sein wolle, „nie vom kulturellen und sozialen Kontext der Evangelisierung absehen kann“. „Im Einklang mit dem Brief meines früheren und hochgeschätzten Generalsuperiors der Gesellschaft Jesu, Pedro Arrupe, über den Marxismus habe ich die Überzeugung“, betonte Rahner, „daß die Sozialwissenschaften eine große Bedeutung für die heutige Theologie haben. Sie sind nicht die Norm für die Theologie, da diese auf der Botschaft Christi, dem Evangelium und der Lehre der katholischen Kirche gründet. Doch heute kann man nicht Theologie betreiben, ohne die Profanwissenschaften zu berücksichtigen.“ Rahner meinte schließlich, es wäre bedauerlich, wenn der legitime Pluralismus in der Theologie durch administrative Maßnahmen übermäßig eingeschränkt würde. Letzten Endes geht es in dieser Angelegenheit aber nicht nur um die Frage des Pluralismus in der Theologie, sondern um eine gesellschaftspolitisch relevante Theologie und Kirche.

Daß sich die Kirche um Entscheidungen in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen nicht herumdrücken kann, zeigte auch das außerordentliche „Heilige Jahr der Erlösung“, das am Ostermontag dieses Jahres zu Ende ging. Die Friedensfrage beherrschte

das gesamte Heilige Jahr. Beim großen Jugendfest zum Abschluß des Heiligen Jahres am Palmsonntag in Rom appellierte der Papst an die Erneuerungskraft der Jugendlichen. Er rief sie auf, gemeinsam mit den Erwachsenen an der Veränderung der Welt, am Respekt vor dem Leben, an der Verhinderung von Kriegen und am Annehmen von Alten und Behinderten zu arbeiten. Konkrete Forderungen, zwar nicht sloganhaft aufbereitet, aber dennoch mit politischer Sprengkraft versehen! Ebenso konkret wurde Johannes Paul II. am Ostersonntag, als er auf die Diskrepanz zwischen der großen Friedenssehnsucht und der „fieberhaften Vorbereitung zerstörerischer Kriegswaffen“, zwischen dem ausgeprägten Reichtum einerseits und „äußerstem Elend, bezahlt mit dem Hungertod von Millionen von Kindern, Männern und Frauen“ andererseits aufmerksam machte. Dieser Appell an die Verantwortung der Christen für die heutige Welt kann und darf nicht bloß spiritualistisch verstanden werden; ihm kann auch nicht durch bloße Meditation Genüge geleistet werden. Was not tut, ist konkrete Arbeit auf allen Ebenen — bis hinein in den politischen Bereich auf internationaler Ebene. Die Verteidigung der Würde des Menschen durch den Papst und die Verurteilung der Verletzung dieser Rechte „bis hin zu den brutalen Formen von Einschüchterung und Gewalt, von Unterdrückung des Gewissens, von Tortur und Terrorismus“ ist mehr als eine erbauliche Predigt für fromme Gemüter, ist vergebliche Mühe, wenn die Tat nicht folgt.

In jedem Staat, in jeder Gesellschaft steht die Kirche vor der „Gretchenfrage“, wie sie es denn mit der Politik hält. Das ist nicht nur Erbe der Geschichte, das ist ein immer neuer Auftrag. Überall muß Kirche mit dem, was man Politik nennt, auskommen. Genauso wie eine strikte Trennung von Kirche und Staat ist ein Ausschluß der Kirche von Politik — ob nun selbstgewählt oder zwangsweise verfügt — eine Illusion. Das ist sicher auch eine Frage der Theologie: nach katholischer Auffassung hat Christus zwei NATUREN — die göttliche und die menschliche; desgleichen die Kirche als mystischer Leib Christi. Diese Auffassung hat geschichtliche Folgen. Sie ermöglichte der katholischen Kirche auch kritische Distanz zum Staat, zur Politik. Was das wirklich bedeutet, kann man erst bei einer genaueren Betrachtung der Orthodoxy — vor allem der russisch-orthodoxen Kirche — und ihrer Verknüpfung mit dem Staat, auch mit dem atheistischen, ermessen. Die Beschränkung auf das Mystisch-Göttliche, den liturgischen Dienst, beraubt die Gesellschaft des notwendigen Korrektivs gegenüber dem Staat. Vielleicht ist auf diesem Hintergrund auch das Friedensengagement der russisch-orthodoxen Kirche zu verstehen, das vielen Beobachtern nur als Ausfluß der staatlich gelenkten Friedenspropaganda erscheint.

Wie notwendig die heutige Welt ein Korrektiv braucht, zeigen die Probleme der Dritten Welt, Fragen der Weltwirtschaftsordnung, das Verhältnis zwischen den Supermächten. Die katholische Kirche versucht, dieser Rolle gerecht zu werden. Sie erkennt darin immer mehr ihren ureigensten Auftrag. Obwohl auch innerhalb der katholischen Kirche verschiedene „politische“ Strömungen parallel laufen, obwohl es — eingestanden oder nicht — Machtkämpfe gibt, man erkennt in den einzelnen Teilkirchen die „Handschrift des Meisters“. Das gilt für die Christen der Tschechoslowakei, die sich gegen staatliche Schikanen schützen müssen, genauso wie für die von der Amtskirche nicht gerade heiß geliebten Basisgemeinden des Piaristenpeters György Bulanyi in Ungarn, die eine aktiveren, selbstbewußten, herrschenden gesellschaftspolitischen Strömungen kritisch gegenüberstehende Kirche fordern. Das gilt wahrscheinlich auch für die derzeit sehr unter „Beschuß“ stehenden nicaraguanischen Priesterminister wie für die in Opposition zum Marcos-Regime auf den Philippinen stehenden Priester und ihren Mitchristen. Die „Handschrift des Meisters“ erkennt man in der geistigen Ausrichtung seiner „Schüler“

und in ihren „politischen“ Aktivitäten. Und politisch ist (fast) alles. Das beweist auch die Vorgangsweise der staatlichen Kirchenämter in osteuropäischen Staaten gegenüber engagierten Christen. Politische Betätigung von Priestern — auch im weitesten Sinne — ist unmöglich. Der Interpretation, was man unter „politischer Betätigung“ alles verstehen kann, sind in der Praxis jedoch Tür und Tor geöffnet. Was kirchlicherseits über den rein liturgischen Bereich hinausgeht und nur den Anschein von Öffentlichkeitscharakter besitzt, wird strengstens unter die Lupe genommen. Davon konnte sich der Autor dieser Zeilen bei einem Besuch in der Sowjetunion vor kurzem überzeugen. Geschickt wird zwischen „religiös“ — gemeint ist „privat“, „innerlich“ — und „politisch“ — gemeint ist „öffentlichtsrelevant“, „sozial“ — unterschieden. Verurteilungen russisch-orthodoxer oder katholischer Christen erfolgen selbstredend nie aus religiösen, sondern immer nur aus politischen Gründen. Ein Staat, der nach offizieller Version die Werte des Friedens, der Freiheit und der Gleichberechtigung vollständig verwirklicht hat, braucht kein Korrektiv; er kann solche Bestrebungen nur als Opposition, als „staatsfeindliche Ideen“ verstehen und einstufen.

Wie schwer es Christen in ihrer Rolle als gesellschaftliches Korrektiv oft haben, zeigte auch die jüngste Abtreibungsdiskussion in Österreich. Viele Menschen — auch die Massenmedien — sind zwar bereit, die Haltung der Kirche in der Abtreibungsfrage als verschrobene Marotte mehr oder weniger zu akzeptieren; wird aus der Haltung jedoch eine Forderung, die politische Konsequenzen nach sich zöge, reagiert man scharf und ablehnend. Das mußte vor allem die Plattform „Geborene für Ungeborene“ erfahren, die — aufgerüttelt durch die Abtreibungszahlen in Österreich — die Frage nach der Sinnhaftigkeit der sogenannten Fristenregelung stellte.

Politik ohne Kirche ist kaum möglich. Desgleichen eine unpolitische Kirche. Überall ist Kirche aufgefordert, Stellung zu beziehen. Die Schwierigkeit eines riesigen „Apparates“ wie der katholischen Kirche besteht nun darin, den richtigen Weg der Einheit ohne vor schnelle Vereinheitlichungstendenzen zu finden. Johannes Paul II. bemüht sich auf seinen Pastoralreisen so gut es geht bzw. so gut er beraten wird, Einheit und legitimen Pluralismus auseinanderzuhalten und zu würdigen. Auf seiner zweiten Fernostreise (2. bis 11. Mai), der 21. Auslandsreise, traf der Papst in Südkorea, Thailand, Papua-Neuguinea und auf den Salomon-Inseln auf unterschiedliche Völker und Kulturen. So wohl den Minderheitskirchen Koreas und Thailands wie auch den Missionskirchen Neuguineas und der Salomon-Inseln riet der Papst, sich weiter in die Kultur ihrer Umwelt einzusenken, um deutlich zu machen, daß das Evangelium eine allen Kulturen übergeordnete Botschaft enthält. Gegenüber Journalisten betonte Johannes Paul II. nach seiner zweiten Fernostreise, daß er bei seiner Verteidigung der Menschenrechte zunächst niemanden anklage, sondern nur weltweite menschliche Forderungen ausspreche. Wenn sich dennoch zuweilen die Behörden gewisser Länder angegriffen fühlten, dann vielleicht deswegen, weil sie sich schuldig fühlen, vermutete der Papst. Und es folgte eine eindeutig politische Aussage: „Aber wir dürfen dazu nicht schweigen. Wir haben die Pflicht, die Wahrheit festzustellen und auszusprechen, auch auf die Gefahr hin, falsch verstanden oder interpretiert zu werden.“ In diesem Zusammenhang wandte sich der Papst gegen „Kirchen des Schweigens“; wenn es heute solche gebe, dann oft nur deswegen, „weil wir unsere Aufgabe nicht erfüllen, für sie zu sprechen“.

Ein starkes Echo hat auch der Papstbesuch in der Schweiz — 22. Auslandsreise Johannes Pauls II. (vom 12. bis 17. Juni) — ausgelöst. Bereits vor der Ankunft des Papstes war die Schweizreise Gegenstand vieler öffentlicher Diskussionen. So gesehen ist Kirche selbst auch Gegenstand der Auseinandersetzung, Gegenstand der Politik. Neben vielen

positiven Stimmen gab es auch eine Reihe kritischer Meinungen zur Schweizreise des Papstes. Von katholischen Jugendorganisationen wurde vor der Gefahr gewarnt, daß „die grauen Seiten des kirchlichen Alltags“ von Äußerungen des Triumphalismus und Selbstlob zugedeckt werden. Nach dem Papstbesuch waren die Reaktionen deutlich positiver. Unterschiedlich reagierten Vertreter der Evangelischen Kirche auf die Schweizreise des Papstes. Der Basler Pfarrer Reinhard Kuster vertrat die Ansicht, der Papst sei in der Schweiz auf ökumenischem Gebiet „bis an die Grenzen des Möglichen vorgestossen“, auch wenn er die Fragen nach der gemeinsamen Eucharistiefeier oder nach dem Zölibat nicht mit der gewünschten Verbindlichkeit beantwortet habe. Der Chefredakteur des österreichischen „Evangelischen Pressedienstes“, Paul Weiland, schreibt in einem Kommentar, die Aussagen Johannes Pauls II. etwa beim Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund seien „eher eine Bremse der ökumenischen Bemühungen“ gewesen.

Eine politische Kirche muß keine politisierende Kirche sein. Das heißt, der Kirche geht es nicht um Sympathien oder Antipathien gegenüber Parteien. Für die Kirche steht der Mensch im Mittelpunkt. Wo des Menschen Rechte jedoch verletzt werden, da ist die Kirche zur Stellungnahme aufgerufen. Insofern kann sie sich der Politik nicht enthalten. Die Kirche ist hineinverwoben in die Geschichte; sie wird von ihr berührt, meistens auch verletzt. Das darf jedoch kein Entschuldigungsgrund für politische Abstinenz, sprich: Gesinnungslosigkeit und Opportunismus sein.



Linz: Rudigerstraße 5-7
Domgasse 12

36 Geschäftsstellen
in Oberösterreich

VKB
volkskredit
bank

Die Bank mit Kunden Vorrang